

Forschung | Innovation | Technologie

AKTUELL

Ausgabe 02 | 2023 - Mai 2023

Erscheinungsdatum: 1. Juni 2023

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

mit unserem Infoletter "Forschung | Innovation | Technologie AKTUELL" aus dem IHK-Geschäftsbereich Innovation | Umwelt erfahren Sie Neues und Wissenswertes aus den Bereichen Forschung, Innovation und Technologie. Wir haben für Sie ausgewählte Nachrichten aus der Metropolregion Nürnberg, Bayern, Deutschland und der Europäischen Union und darüber hinaus zusammengestellt. Zudem informieren wir Sie über Veranstaltungen unseres Geschäftsbereiches.

Wissenswertes aus der Metropolregion Nürnberg



Medizin | Gesundheit: 42-Millionen-Euro-Forschungsbau auf Erlanger Nordcampus bewilligt

Bis 2028 entsteht das Center for AI-based Real-time Medical Diagnostics and Therapy (CARE-MED) – Schwerpunkt auf chronisch-entzündlichen, degenerativen und onkologischen Erkrankungen.

Der Wissenschaftsrat hat kürzlich die Errichtung eines Forschungsgebäudes für rund 42 Millionen Euro genehmigt. Das Center for AI-based Real-time Medical Diagnostics and Therapy (CARE-MED) soll bis Ende 2028 auf dem Nordgelände des Uniklinikums Erlangen zwischen Kopfkliniken und Internistischem Zentrum entstehen – in direkter Nachbarschaft zu Forschungsgebäuden des Uniklinikums Erlangen und der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU), die sich angrenzenden Wissenschaftsgebieten widmen. Auf fünf Etagen und rund 1.500 Quadratmetern Nutzfläche wird das CARE-MED – auch Translational Research Center (TRC) III genannt – Raum für etwa 100 Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler und Assistenzpersonen bieten.

Mit CARE-MED wird erstmals eine integrierte Forschungsumgebung für die versorgungsnahe Erhebung von hochaufgelösten Bild- und Sensordaten sowie ihre Zusammenführung mit medizinischen Versorgungsdaten geschaffen. Dabei werden Methoden der künstlichen Intelligenz (Artificial Intelligence, AI) in ein holistisches Echtzeitmodell chronisch-entzündlicher, degenerativer und onkologischer Erkrankungen eingebunden. Auf Basis der erschlossenen Daten und Modelle erforschen international renommierte Expertinnen und Experten auf den Gebieten Bildgebung, Sensorik, Medical Data Science und Advanced AI integrative Ansätze zur individualisierten Präzisionsmedizin für die drei Leichterkrankungen Parkinson-Syndrom, Rheumatoide

Arthritis und Gastrointestinale Tumoren. Die Forschungsschwerpunkte werden mit enger Beteiligung von Klinikerinnen und Klinikern sowie Patientenvertreterinnen und -vertretern entlang der Leiterkrankungen bearbeitet. Langfristig soll künstliche Intelligenz hierbei die Diagnostik und die Therapie der genannten Erkrankungen verbessern.

„Alleinstellungsmerkmal von CARE-MED ist die enge Vernetzung von Bildgebung, Sensorik, Medical Data Science und Advanced AI mit direkter räumlicher Anbindung an die Krankenversorgung und kooperierenden Forschungseinrichtungen“, betonte Prof. Dr. Markus F. Neurath, Dekan der Medizinischen Fakultät der FAU. „Mit dem Forschungsbau schaffen wir eine einzigartige Möglichkeit, multimodale Krankheitssignaturen und -modelle zur individualisierten Diagnostik und Therapiesteuerung zu erforschen, die einen direkten Patientennutzen haben.“

„Die FAU hat in der interdisziplinären Forschung an der Schnittstelle von Medizininformatik, biomedizinischer KI, Bildgebung und Sensorik bereits eine Spitzenstellung inne – nicht umsonst ist sie der Gesundheitsknoten für künstliche Intelligenz in der Medizin in der Hightech-Agenda Bayern“, sagte Prof. Dr. Joachim Hornegger, Präsident der FAU. „CARE-MED ermöglicht nun auch eine räumlich enge interdisziplinäre Zusammenarbeit dieser Fachgebiete und wird gleichzeitig die einzigartige Verbindung von FAU, Uniklinikum Erlangen und außeruniversitären Partnern weiter stärken.“

„Der unmittelbare Einsatz künstlicher Intelligenz in der Bildgebung und Sensorik bietet enormes Potenzial für eine auf den individuellen Gesundheitszustand abgestimmte und beschleunigte Versorgung“, ergänzte der Ärztliche Direktor des Uniklinikums Erlangen Prof. Dr. Dr. h. c. Heinrich Iro. „Deshalb bin ich stolz auf die Bewilligung des Forschungsbaus, in dem in Zukunft Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen intensiv und zum Wohle unserer Patientinnen und Patienten zusammenarbeiten werden.“

Markus Blume, Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, betonte: „Bayern liegt bei dieser begehrten Bund-Länder-Förderung mit insgesamt zwei erfolgreichen Anträgen in Erlangen und München bundesweit an der Spitze und bestätigt damit seine Rolle als Innovationsstandort Nummer eins in Deutschland! Dazu wird die am CARE-MED geplante Forschung zur Verbesserung personalisierter Präzisionsmedizin bei der Behandlung von Krebs und anderen komplexen Erkrankungen mithilfe künstlicher Intelligenz einen wichtigen Beitrag leisten. Mein Glückwunsch an alle Beteiligten!“

„Ich freue mich, dass wir mit CARE-MED die Gelegenheit bekommen, unsere Stärken auf den Gebieten der Bildgebung, Sensorik, Datenwissenschaften und AI in einem versorgungsnahen Forschungsgebäude auszubauen“, sagte Prof. Dr. Thomas Ganslandt, Professor für Medical Data Science an der FAU und Chief Medical Information Officer des Uniklinikums Erlangen, der mit einem Team von neun weiteren exzellenten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern den Antrag beim Wissenschaftsrat stellte.

Umfassende lokale Vernetzung

In unmittelbarer räumlicher Nähe zu CARE-MED entstehen derzeit weitere Forschungsgebäude angrenzender Wissenschaftsgebiete, etwa das Max-Planck-Zentrum

für Physik & Medizin (MPZPM) sowie das Center for Immunotherapy, Biophysics & Digital Medicine (CITABLE, TRC II), auf dessen Serverinfrastruktur das CARE-MED zurückgreifen wird. Das Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen wird über eine Nachwuchsgruppe in das CARE-MED eingebunden. Zusätzlich besteht von CARE-MED aus ein direkter räumlicher Bezug zum Center of Personalized Medicine & Research (CESAR, TRC IV), zu den Kopfkliniken und zum Internistischen Zentrum. Die Vernetzung unterstützt eine einfache Interaktion zwischen Clinician Scientists, Expertinnen und Experten der Biomedizinischen Informatik und Physik, des Bioingenieurwesens und der Molekularbiologie sowie klinischen Versorgungszentren wie dem Deutschen Zentrum Immuntherapie des Uniklinikums Erlangen und der bayerischen Comprehensive-Cancer-Center-Allianz WERA.

Quelle: uni | mediendienst | aktuell Nr. 49/2023 vom 27. April 2023

Links

[Weitere News und Meldungen finden Sie unter FAU](#)

Ansprechpartner/in

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](#) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

Technische Universität Nürnberg startet ersten Studiengang

Seit dem 11. April 2023 können sich Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen auf das erste Masterprogramm der Technischen Universität Nürnberg (UTN) bewerben. Der Studiengang Artificial Intelligence and Robotics (M.Sc.) beginnt im Wintersemester 2023/2024 in Vollzeit und Präsenz am Interimsstandort der UTN.

„Noch vor unserem dritten Geburtstag werden wir den Lehrbetrieb aufnehmen. Das ist für eine Universität mit 50 Mitarbeitenden eine Meisterleistung. Es freut uns, dass wir der UTN mit dem Start des Studiengangs eine konkrete Gestalt in der Lehre geben können und so den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Nürnberg stärken“, erklärt Gründungspräsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans Jürgen Prömel. Gemäß der internationalen Ausrichtung der Universität findet das Masterprogramm auf Englisch statt. Um Studierenden aus dem Ausland den Start in Nürnberg zu erleichtern, wird derzeit ein Welcome Center eingerichtet.

Interdisziplinäre und zukunftsorientierte Studieninhalte

In vier Semestern erhalten die Studentinnen und Studenten ein umfassendes Verständnis über Konzepte und Anwendungen im Bereich Künstliche Intelligenz (KI) und Robotik. Zudem lernen sie, komplexe Systeme und Algorithmen zu entwerfen, zu implementieren und zu bewerten. „Neue Technologien im Gebiet der KI und Robotik werden die Art und Weise, wie wir leben und arbeiten, grundlegend verändern. Umso wichtiger ist es, Talente in dieser Fächergruppe auszubilden. Nur so können wir als Gesellschaft Herausforderungen wie beispielsweise dem demografischen Wandel begegnen“, betont Prof. Dr. Wolfram Burgard, Gründungs-Chair des Departments Engineering. Der wissenschaftliche Kern des Studiums umfasst die Themen Künstliche Intelligenz, Navigation von mobilen Robotern, Maschinelles Lernen, Computer Vision,

Deep Learning und Data Science. Darauf aufbauend müssen Studierende drei Spezialisierungsmodule besuchen. In der interdisziplinären Vertiefung können sie Kurse aus den Fachrichtungen Design, Sozialwissenschaften, Ethik/Philosophie oder Wirtschaft belegen. Die Studieninhalte werden mit Schlüsselkompetenzen ergänzt, die die Studierenden auf ihren späteren Einsatz bei Team- und Projektarbeiten in und außerhalb der Wissenschaft vorbereiten.

Digital gestützt in Kleingruppen lernen

Neben der interdisziplinären Ausrichtung verknüpft der Studiengang Theorie und Praxisbeispielsweise in dem Projekt Learning in Transformation. In diesem sollen Studierende über zwei Semester hinweg in Projektteams wissenschaftliche Ansätze nutzen, um aktuelle Probleme in Industrie, Gesellschaft oder Politik zu lösen. In allen angebotenen Modulen stehen digital gestützte Lehrformate, aktivierende Lernmethoden in Kleingruppen und kompetenzorientierte Prüfungen im Fokus: „Die UTN wird eine Universität ohne Hörsäle, Vorlesungen und Klausuren. Wir richten unsere Studiengänge an unseren Studierenden aus und werden mit aktivierenden Lehr- und Lernstrategien sowie individuellen Feedbackrunden auf jede Einzelne und jeden Einzelnen eingehen. Alle Inhalte und Methoden orientieren wir an klar definierten Lernzielen“, macht Prof. Dr. Isa Jahnke, Gründungsvizepräsidentin für Studium, Lehre und Internationales deutlich.

Interessierte können sich bis Ende Mai bewerben

Bis zum 31. Mai können sich Interessierte bewerben. Voraussetzung sind unter anderem ein Bachelor-Abschluss in Informatik oder einem verwandten Bereich sowie ein englischer Sprachnachweis. Die Größe des Studiengangs richtet sich nach dem Eignungsfeststellungsverfahren, das die Bewerbenden durchlaufen werden. Bevor am 16. Oktober das Lehren und Lernen an der neugegründeten Universität beginnt, lädt sie die Studierenden zu einer Welcome Week ein. Die Kurse finden vorerst im Interimsgebäude in der Ulmenstraße statt. Ab 2024 werden einige Veranstaltungen auch in Cube One, dem ersten Gebäude auf dem derzeit entstehenden Campusgelände, angeboten. Parallel laufen schon die Vorbereitungen für zusätzliche Studiengänge: Ab 2025 und 2026 starten jeweils zwei weitere Masterprogramme. Ab 2028 ist geplant, auch Bachelor-Studierende an der UTN zu begrüßen.

Quelle: Technische Universität Nürnberg

Ansprechpartner/in

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](mailto:Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

[Dr. rer. nat. Ronald Künneth](mailto:ronald.kuenneth@nuernberg.ihk.de) (Tel: +49 911 1335 1297, ronald.kuenneth@nuernberg.ihk.de)

Technologie-Transfer-Zentren: Wissen aus Ansbach stärkt Franken

In den Landkreisen Fürth und Neustadt a.d. Aisch / Bad Windsheim entstehen zwei neue Forschungseinrichtungen der Hochschule Ansbach. Durch die beiden sogenannten "Technologie-Transfer-Zentren" sollen Erkenntnisse aus der Wissenschaft möglichst schnell in Wirtschaft und Gesellschaft fließen.

In der Stadt Stein im Fürther Landkreis wird die Einrichtung angedockt an die Arbeitsgemeinschaft Notfallmedizin Fürth, kurz AGNF, und an das Institut für notfallmedizinische Bildung (INO) angeschlossen. Das INO kümmert sich um Aus- und Weiterbildung in der Notfallmedizin und im Rettungswesen. In Kooperation mit Wissenschaftlern der Hochschule Ansbach soll nun der Einsatz der Digitalisierung in diesen Themenbereichen vorangebracht werden. Die anstehenden Herausforderungen: der Einsatz von virtueller Realität (VR) und künstlicher Intelligenz (KI) bei der künftigen Qualifizierung von Notfallmedizinern.

In Neustadt a.d. Aisch ist geplant, zusammen mit der Ansbacher Hochschule einen "Digital Campus NEA" zu entwickeln. Erforscht werden soll der sichere Einsatz von KI-Technik für Daten- und Prozessmanagement in Unternehmen.

Beide Projekte entstammen der Initiative des Freistaats "Hightech Transfer Bayern", in die insgesamt mehr als 100 Millionen Euro fließen sollen.

Quelle: Hochschule Ansbach

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](mailto:elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

Förderung für die Sicherstellung der Fügbarkeit in wandlungsfähigen Prozessketten

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) verlängert ihre Förderung für einen Sonderforschungsbereich (SFB) bzw. Transregio (TRR), für den die FAU mitantragstellende Hochschule ist. Damit bekommen die Forschenden in den kommenden vier Jahren weitere 3 Millionen Euro.

Für effiziente Produktionsprozesse ist die Fügbarkeit von Bauteilen in Multi-Material-Systemen von hoher Bedeutung. Diese Systeme werden in unterschiedlichen Branchen wie dem Fahrzeug- und Anlagenbau, der Luftfahrt und Applikationen für den Einsatz erneuerbarer Energien verwendet. Die steigende Variantenvielfalt und zwingend notwendige Resilienzen gegenüber Änderungen in Lieferketten stellen dabei große Herausforderungen für die Fügbarkeit dar.

Der Forschungsverbund SFB/TRR 285 „Methodenentwicklung zur mechanischen Fügbarkeit in wandlungsfähigen Prozessketten“ untersucht wissenschaftliche Methoden zur Erhöhung der Wandlungsfähigkeit mechanischer Fügeverbindungen, um langfristig die Fügbarkeit für verschiedene Anforderungsprofile in wandlungsfähigen Prozessketten zu gewährleisten, ohne aufwendige Anpassungen oder physische Absicherungsuntersuchungen durchführen zu müssen.

In der nun genehmigten zweiten Förderperiode des Verbunds sollen die Wechselwirkungen zwischen Fertigungsprozessen und Fügestellenbelastbarkeit untersucht werden, um eine wandlungsfähige Auslegungsmethode für mechanisch gefügte Verbindungen zu erarbeiten.

Der SFB/TRR 285 untersteht der Leitung der Universität Paderborn; die FAU mit der Standortsprecherin Prof. Dr. Marion Merklein sowie die Universität Dresden sind mitantragstellende Hochschulen. Die erneute Förderung durch die DFG in Höhe von rund 3 Millionen Euro erlaubt die Fortführung dieser zukunftsweisenden Forschungsarbeit.

Links

[Details zum Sonderforschungsbereich](#)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

Veranstaltungsübersicht



Aktuelle Veranstaltungen aus dem Geschäftsbereich Innovation | Umwelt

- **gemeinsame Sitzung der IHK-Ausschüsse "Energie | Umwelt" und "Industrie | Forschung | Technologie"** zum Thema "Wege zur Klimaneutralität" (geschlossener Kreis) 27.06.2023, 14:00 bis 17:30 Uhr, Stadion Nürnberg Betriebs GmbH
- **IHK-Webinar: "Green Power Purchase Agreements - Grünstrom direkt und preissicher"** online, 03.07.2023, 14:30 bis 16:00 Uhr
- **126. Treffen IHK-Anwenderclub "Umwelt | Nachhaltigkeit"**
Thema: Umwelt- und Klimapakt Bayern | PFAS Chemikalien
04.07.2023 in der IHK Akademie Mittelfranken, Nürnberg
- **96. Treffen IHK-Anwenderclub "Energie | Klima"**
Themen: Erneuerbare Energien | Eigenstromversorgung | Klimaneutralität | Carbon Footprint...
04.07.2023 in der IHK Akademie Mittelfranken, Nürnberg
- **IHK-Webinar: „Biodiversität auf dem Firmengelände – Beitrag zum betrieblichen Umweltmanagement“** online, 10.07.2023, 14:00 bis 16:00 Uhr
- **IHK-AnwenderClub „Wasserstoff | H2“**
11.07.2023, 12:00 bis 16:00 Uhr, Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt, Schweinfurt
- **Transformation Automotive: 2. Treffen IHK-Strategiekreis „transform_EMN“**
am 12.07.2023, 12-17 Uhr, im IHK-Bildungszentrum Bamberg (geschlossener Kreis)
- **25. Kooperationsforum Automation Valley Nordbayern - Robotik für KMU**
20.07.2023, 13:30 - 17:30 Uhr, Robotic Center JUGARD+KÜNSTNER GmbH, Altdorf
- **gemeinsame Sitzung der IHK-Ausschüsse "Energie | Umwelt" und "Industrie | Forschung | Technologie"** zum Thema: „Energiewende | Energieinfrastrukturen für Mittelfranken“ (geschlossener Kreis)
31.07.2023 in der IHK Nürnberg für Mittelfranken

- **Sitzung des IHK-Ausschuss "Industrie | Forschung | Technologie"**
zum Thema: „Transformation in der regionalen Automobilzulieferindustrie“
(geschlossener Kreis)
25.09.2023 Vitesco Technologies Germany GmbH, Nürnberg
- **Planspiel Materialflusskostenrechnung (MFKR)** des Ressourceneffizienzentrums (REZ)
Bayern
09.10.2023 in der IHK Nürnberg für Mittelfranken, Nürnberg
- **Sitzung des IHK-Ausschuss "Industrie | Forschung | Technologie"**
zum Thema: „Innovationen aus mittelfränkischen Unternehmen: Steuerliche FuE-Förderung | Weg zur Innovation | Preisträger in der Region | Hochschulen als Partner im Wissens-Technologie-Transfer WTT“ (geschlossener Kreis)
30.11.2023 in der IHK Nürnberg für Mittelfranken
-

Veröffentlichungen



Aktuelle Ausschreibungen und Publikationen 2023

Aktuelle Informationen über Förderprogramme und -bekanntmachungen sowie ihre Bewerbungstermine finden Sie unter [Förderberatung des Bundes](#).

Neue Veröffentlichungen/Neu im Internet

BMWK: Broschüre - Schlaglichter der Wirtschaftspolitik - Ausgabe April 2023
Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Wissenswertes aus Deutschland



Deutschland transformieren: Missionsagenturen als innovativer Baustein

Bertelsmann Stiftung und das Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung legen Studie vor.

In Deutschland gewinnt der Ansatz der Missionsorientierung an Bedeutung. Erst in der kürzlich verabschiedeten Zukunftsstrategie wurden sechs zentrale Missionen definiert, die allen Ministerien als verbindliches Leitbild für die Forschungs- und Innovationsförderung dienen sollen. Um die Innovationsprozesse zu beschleunigen, schlägt die Bertelsmann Stiftung den Aufbau von unabhängigen „Missionsagenturen“ vor.

Quelle: Bertelsmann-Stiftung

Links

[Mehr Infos bei der Bertelsmann-Stiftung](#)

Ansprechpartner/in

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](#) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

EFi-Gutachten 2023: "Wissenschaft lohnt sich!" - Zukunftsstrategie Forschung und Innovation

Deutschland brauche die Transformation „wegen der Energiewende, wegen des Ziels, klimaneutral zu wirtschaften und weil es darum geht, die Digitalisierung bestmöglich in unserem Land einzusetzen“, so Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Übergabe des Jahresgutachtens 2023 der Expertenkommission Forschung und Innovation.

„Eine sehr gute Arbeit“ - so bezeichnete Bundeskanzler Olaf Scholz das Jahresgutachten 2023 der Expertenkommission Forschung und Innovation, das ihm heute übergeben wurde. Dass Deutschland Transformation brauche und dass diese unabdingbar mit Forschung und Innovation zusammenhänge, sei offensichtlich, so der Kanzler.

„Wissenschaft lohnt sich!“ Ohne die Erkenntnisse der Grundlagenforschung hätten wir die Corona-Pandemie nicht so bewältigen können wie das der Fall war, unterstrich der Bundeskanzler.

Forschungs- und Innovationspolitik in der Zeitenwende

Bereits in ihren Gutachten 2021 und 2022 weist die Expertenkommission (EFI) nachdrücklich auf die hohe Bedeutung von Forschung und Innovation (F&I) für das Gelingen der großen Transformationen – wie Energiewende, Mobilitätswende und Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft – hin. Die Coronakrise und der noch andauernde Ukraine-Krieg erschweren jedoch die mit den Transformationen verbundenen komplexen F&I-politischen Aufgaben zusätzlich.

Die Expertenkommission empfiehlt daher der Bundesregierung, eine „forschungs- und innovationspolitische Zeitenwende“ einzuläuten: Hin zu einer missionsorientierten Ausrichtung der im Koalitionsvertrag festgelegten Ziele und Strategien in der F&I-Politik. Diese sollen auf der Basis neuer, ressortübergreifender Governance-Strukturen umgesetzt werden.

Hierbei kommt nach Ansicht der EFI der von der Bundesregierung am 8. Februar 2023 beschlossenen „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ die Rolle einer „Dach- und Leitstrategie“ zu. Die Experten empfehlen in ihrem Jahresgutachten, die verschiedenen F&I-Strategien und Maßnahmen inhaltlich sowie strukturell miteinander zu verzahnen und „mit Leben zu füllen“.

Bundeskanzler Olaf Scholz freut sich, dass „viele der Empfehlungen der EFI in der Zukunftsstrategie aufgegriffen worden sind“. Das gelte insbesondere für die Missionsorientierung. Dazu gehöre auch eine „ressortübergreifende Zusammenarbeit und ein Monitoring der jeweiligen Fortschritte“, so der Bundeskanzler. Experten sprechen Handlungsempfehlungen aus

Um die großen Transformationen zügig, auf sozial verträgliche Weise, mit innovativen Technologien voranzubringen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und ihrer Unternehmen abzusichern, bedarf es eines neuen, agilen Politikstils und einer dazu passenden Governance-Struktur.

Schlüsseltechnologien kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, um damit bestehende technologische Rückstände aufzuholen bzw. diese zu vermeiden und insbesondere die Abhängigkeit von China in diesem Bereich zu verringern.

Um diese Ziele zu erreichen, müsse Deutschland die vorhandene Fachkräftebasis besser ausschöpfen und ausländische Fachkräfte gewinnen, so die Kommission. Durch die demografische Alterung der Gesellschaft und die dadurch schrumpfende Bevölkerung im Erwerbsalter, seien darüber hinaus verstärkte Anstrengungen in Aus- und Weiterbildung erforderlich. Auch die Planbarkeit der Karrieren von Forschenden in der Promotions- und Postdoc-Phase müssten verbessert werden.

Im Hinblick auf Investitionen bei Unternehmen, empfiehlt die Expertenkommission, wirkungsvolle Anreize für die Weiterführung von Tätigkeiten in Forschung und Innovation sowie für die Gründung neuer innovativer Unternehmen zu setzen. Verbesserte Rahmenbedingungen wie beispielsweise in der Datenökonomie und bei der öffentlichen Beschaffung könnten so neue Innovationsanreize setzen und Innovationshemmnisse abbauen.

Innovation in einer alternden Gesellschaft

Ein Kernthema des Expertengutachtens 2023 ist die demografische Alterung. Nach Ansicht der EFI stellt sie eine Gefahr für den Erhalt der Innovationsstärke Deutschlands dar. Sie betonen daher die wachsende Bedeutung von älteren Beschäftigten, die beispielsweise durch Unternehmungsgründungen wertvolle Beiträge zum Innovationsgeschehen leisten könnten. Hierfür müsse die digitale Teilhabe Älterer verbessert und älteren Beschäftigten attraktive Möglichkeiten gegeben werden, auf eigenen Wunsch später in den Ruhestand zu gehen.

Dass Deutschland das Potenzial einer Gesellschaft mit hochmotivierten, leistungsfähigen älteren Bürgerinnen und Bürger nutzen sollte, unterstreiche die Bundesregierung, so der Bundeskanzler.

Er betonte dabei nochmals, dass an dem gesetzlich festgelegten Renteneintrittsalter von 67 „nicht gerüttelt werde“. Es sei „toll“, wenn jemand Lust hätte, „sein Talent, seine Zeit und seine Innovationsfähigkeit weiter unserer Gesellschaft zur Verfügung stellt“. Es bleibe jedoch bei dem Grundsatz, dass „jede Einzelne, jeder Einzelne dies für sich entscheiden muss“, betont Olaf Scholz.

Deutsche Raumfahrt zwischen „Old und New Space“

In ihrem Jahresgutachten betont die EFI darüber hinaus die Bedeutung der staatlichen Raumfahrtindustrie in Deutschland. Auch wenn sich seit einigen Jahren eine privatwirtschaftlich organisierte Raumfahrtwirtschaft etabliert hätte, spiele der Staat nach wie vor eine wichtige Rolle, so die Expertenkommission. Insbesondere im Hinblick

auf die hohe strategische Relevanz für Wirtschaft und Gesellschaft und die Wahrung der technologischen Souveränität, müsse die Bundesregierung ihre neue Raumfahrtstrategie zügig verabschieden und umsetzen.

„Das ist eines der großen Projekte Europas“, betonte der Bundeskanzler. Insbesondere Deutschland und Frankreich seien die Länder, „die dabei besonders vorangingen“. Die Bundesregierung nehme sich vor, in diesem Bereich „große Fortschritte in Zusammenarbeit mit unseren Partnern“ zu erzielen.

"Mentalitätsbruch"

Ein weiteres wichtiges Vorhaben der Bundesregierung, so der Bundeskanzler, sei das „Matching“ von Innovationen, die aus der Forschung kämen und privatwirtschaftlichen Innovationen. „Zielsetzung dabei ist, zu erreichen, dass etwas wird, das ein wirklicher Mentalitätsbruch in Deutschland stattfindet“.

Rückenwind für Forschung und Innovation

Auch Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger freute sich, dass man „Rückenwind für unseren neuen Ansatz in der Forschungs- und Innovationspolitik“ durch die Empfehlungen der EFI bekommen hätte. „Die großen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, gehen wir unverändert an.“

Quelle: Die Bundesregierung

Links

[Den kompletten Artikel finden Sie hier](#)



© DIHK

Ende 2022 zu ihren Motiven und zu den Herausforderungen bei der Umsetzung der Digitalisierung befragt wurden.

Quelle: DIHK

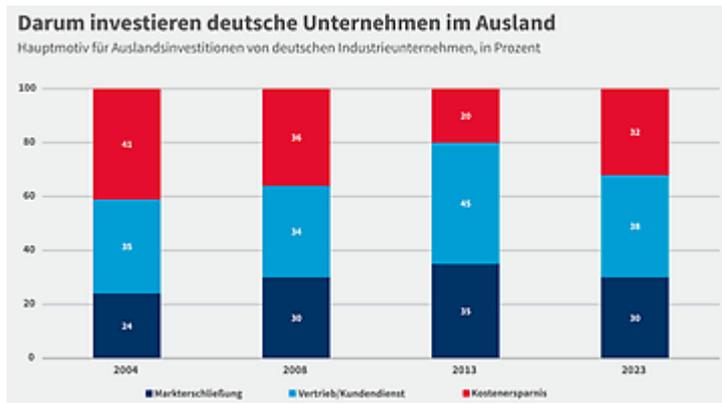
Links

[Weitere Ergebnisse finden Sie beim DIHK:](#)

Ansprechpartner/in

Dipl.-Ing. (FH) Richard Dürr (Tel: +49 911 1335 1320, richard.duerr@nuernberg.ihk.de)

Dipl.-Pol. Univ. Christian Seitz (Tel: +49 911 1335 1213, christian.seitz@nuernberg.ihk.de)



© DIHK

Grafik des Monats Mai

Darum investieren deutsche Unternehmen im Ausland

Bei den Motiven für Auslandsinvestitionen ist neben den klassischen Beweggründen wie Kundenbindung und Markterschließung die Kostenersparnis wieder auf dem Vormarsch. Von den

Industrieunternehmen mit Investitionsplänen im Ausland nannten 32 Prozent "Kostenersparnis" als Motiv – ein sprunghafter Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (26 Prozent). Weitere Ergebnisse finden Sie in der Rubrik "Kurzmeldungen aus aller Welt".

Manufacturing-X: Ein Großprojekt für die Industrie

Parallel zur Hannovermesse wurde in einer Sitzung des Haushaltsausschusses im Bundestag das Konzept für die Digitalisierung der Lieferketten in der Industrie erneut thematisiert. Bereits im Dezember 2023 sollen die ersten Projekte mit einer ersten Bewilligung von 50 Millionen Euro den Startschuss geben.

Was genau ist Manufacturing-X?

Das Ziel von Manufacturing-X ist die branchenübergreifende und durchgängige Digitalisierung der Lieferketten der Industrie. Als Blaupause hierfür soll das Leuchtturmprojekt für die Digitalisierung der Fahrzeug- und Zulieferindustrie, Catena-X, fungieren. Manufacturing-X soll den Datenraum Industrie 4.0 umsetzen und ermöglicht somit

- Wertschöpfungsnetzwerke neu zu organisieren und schnell auf Störungen zu reagieren (Resilienz),
- neue Geschäftsmodelle, geschlossene Kreislaufwirtschaft und Effizienzsteigerungen zu ermöglichen (Nachhaltigkeit), und
- digitale Innovationen, um die globale Führungsposition der deutschen Industrie zu sichern und auszubauen (Wettbewerbsstärke).

Beispiele, wie dies in der Praxis umgesetzt werden kann, sind die Ermittlung des CO₂-Fußabdrucks einzelner Prozesse, Kreislaufwirtschaft und Lieferkettenmanagement. Die Arbeit an Manufacturing-X steht noch am Anfang und soll über die Plattform Industrie 4.0 organisiert werden.

Das BMWK plant mit einer Summe von über 150 Millionen Euro bis 2026. Ein weiterer wesentlicher Teil soll von den beteiligten Unternehmen selbst bereitgestellt werden. Dabei will das Ministerium auf Mittel aus dem „Zukunftsinvestitionsprogramm für Fahrzeughersteller und die Zulieferindustrie“ zurückgreifen.

Quelle: DIHK

Links

[Weitere Informationen finden Sie hier.](#)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Ronald Künneth](#) (Tel: +49 911 1335 1297, ronald.kuenneth@nuernberg.ihk.de)

Green Innovation: Digitaler "IHK-Instrumentenkasten" gibt Unternehmen praktische Hilfestellung

Wie können Unternehmen erfolgreich wirtschaften und gleichzeitig etwas für unsere Umwelt tun? Das ist eine der Kernfragen von Green Innovation.

Dabei kann jede neue Innovation oder Technologie, die wesentlich zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt, als Green Innovation verstanden werden, egal ob produkt-, dienstleistungs-, prozess- gesellschafts- oder sozialbezogen. Der jetzt vom BWIHK veröffentlichte digitale "Instrumentenkasten Green Innovation" gibt Unternehmen praktische Hilfestellung für die Transformation von Produkten, Dienstleistungen und Geschäftsmodellen unter Nachhaltigkeitsaspekten.

Quelle: Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag

Links

[IHK-Instrumentenkasten Green Innovation](#)

Ansprechpartner/in

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](#) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

Zahl des Monats April - Patentanmeldungen rückläufig

11,7 Prozent höher als im Vorjahr und so hoch wie seit mehr als 30 Jahren nicht mehr: Bei 23.592 Erfindungen erteilten die Prüferinnen und Prüfer des Deutschen Patent- und Markenamtes Patente.

Mit Blick auf die Patentanmeldungen zeigt sich allerdings, dass diese aus Deutschland rückläufig sind. Mit 37.194 Erfindungen gingen 6,6 Prozent weniger Anmeldungen aus Deutschland ein als im Vorjahr.

Quelle: DIHK

Links

[Weitere Informationen finden Sie beim DPMA](#)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

Neue Richtlinien für EXIST-Gründungsstipendium und EXIST-Forschungstransfer

Die beiden Förderrichtlinien EXIST-Forschungstransfer und EXIST-Gründungsstipendium des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz wurden inhaltlich geändert.

Ziel der Überarbeitung der Richtlinien ist es laut BMWK, den Frauenanteil und die Diversität in den Gründungsteams zu erhöhen, die Ausrichtung der Gründungsvorhaben auf die Deutschen Nachhaltigkeitsziele zu erhöhen sowie letztlich um Qualität und Quantität von Start-ups aus der Wissenschaft weiter zu steigern.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Links

[Die neuen Richtlinien finden Sie hier.](#)

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

DIHK unterbreitet zehn Vorschläge zum Bürokratieabbau

Wie kann Bürokratieabbau gelingen? Die DIHK hat dem Bundesjustizministerium jetzt zehn Vorschläge unterbreitet, wie sich Regelungen vereinfachen lassen – vom erleichterten Anmeldeprozess für Photovoltaik-Anlagen bis zur Abschaffung von Schriftformerfordernissen in der beruflichen Ausbildung. Mitte Januar hatte das Ministerium mehr als 70 Verbände aufgefordert, das aus ihrer Sicht bestehende Entlastungspotenzial zu benennen und Maßnahmen vorzuschlagen.

Ein aus Sicht der Betriebe enorm wichtiges Thema, wie Rainer Kambeck, DIHK-Bereichsleiter Wirtschafts- und Finanzpolitik, Mittelstand, klarstellt, denn: "Angesichts der derzeit großen Herausforderungen für die Unternehmen in Deutschland wiegen die bürokratischen Belastungen der Unternehmen noch schwerer", so Kambeck. Wenn ein typischer Gastgewerbebetrieb jede Woche allein 14 Stunden für die Erfüllung bürokratischer Tätigkeiten aufwenden müsse, dann scheine "in punkto Bürokratie das Ende der Fahnenstange erreicht zu sein".

Bürokratie belastet Betriebe stärker als das Thema Energie

Mittlerweile müssten Unternehmen in Deutschland so viele Ressourcen aufwenden, um Berichte zu verfassen, Nachweispflichten zu erfüllen, statistische Daten zu melden oder Genehmigungen zu beantragen, dass diese Belastungen zu einem zentralen Standortfaktor würden, warnt der DIHK-Bereichsleiter. Er verweist auf die aktuelle DIHK-Konjunkturumfrage, der zufolge sich – trotz der großen Unsicherheit über die Energieversorgung – die meisten Unternehmen bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen über Belastungen durch zu viel unnötige Bürokratie beklagen.

Fristen neu regeln, auf Schriftform verzichten

"Bei der aktuellen Abfrage des Bundesjustizministeriums benennt die DIHK nicht nur die wichtigsten Punkte, wo es hakt, sondern sie unterbreitet konkrete

Verbesserungsvorschläge", berichtet Kambeck. "Zum Beispiel könnte es bei Zulassungsverfahren im Planungs-, Umwelt- oder Baurecht für die Verwaltung bindende Fristen für eine Rückmeldung geben. Verstreicht diese Frist, sollte der Antrag als genehmigt gelten."

In der beruflichen Ausbildung sei es oftmals noch erforderlich, Dokumente in schriftlicher Form vorzulegen beziehungsweise einzureichen. Eine rein digitale Kommunikation zwischen Betrieben, Auszubildenden und Industrie- und Handelskammern erlaube das Berufsbildungsgesetz nicht.

Einnahme-Überschuss-Rechnung birgt Vereinfachungspotenzial

"Zudem haben wir einige Vorschläge vorgelegt, wie bei den Besteuerungsverfahren bürokratische Belastungen abgebaut werden könnten", so Kambeck weiter, und er nennt ein Beispiel: "Für Millionen von Steuerpflichtigen und Tausende Mitarbeitende in den Finanzverwaltungen könnten Belastungen abgebaut werden, indem bei der Einkommensteuererklärung das Formular für die Angaben zur Einnahme-Überschuss-Rechnung deutlich vereinfacht würde."

Laut Kambeck setzen die Unternehmen "große Hoffnungen in die aktuelle Initiative der Bundesregierung, ein Bürokratieentlastungsgesetz vorzulegen, dass endlich auch zu konkret spürbaren Entlastungen in den Betrieben führt und insgesamt bei den Verwaltungsabläufen in Deutschland für deutlich mehr Tempo sorgt".

Quelle: DIHK

Links

[Alle Vorschläge der DIHK im Überblick und ihre Antwort an das Ministerium zum Download gibt es hier.](#)

Wissenswertes aus der EU | Internationales



Auslandsinvestitionen: Motiv "Kostensparnis" wieder auf dem Vormarsch

Aufgrund der gestiegenen Energiepreise und der gebremsten Weltkonjunktur investieren deutsche Industrieunternehmen derzeit im Ausland weniger. Zugleich will fast jeder dritte Industriebetrieb mit Investitionsplänen im Ausland damit vor allem Kosten sparen. Das zeigt eine aktuelle DIHK-Sonderauswertung.

"Starke Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen sind grundsätzlich eine gute Sache. Denn sie sichern bei der international eng vernetzten deutschen Wirtschaft auch die Standorte im Inland", sagt DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier.

"Allerdings sehen wir aktuell zwei bedenkliche Entwicklungen: Mit nur noch 41 Prozent der Industriebetriebe wollen derzeit so wenige Unternehmen im Ausland investieren wie zuletzt 2009. Und bei den Motiven ist neben den klassischen Beweggründen wie

Kundenbindung und Markterschließung die Kostenersparnis wieder auf dem Vormarsch."

Anzeichen einer schleichenden Produktionsverlagerung

Von den Industrieunternehmen mit Investitionsplänen im Ausland nannten 32 Prozent "Kostenersparnis" als Motiv – ein sprunghafter Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (26 Prozent). "Einen solch hohen Wert hatten wir zuletzt 2008", so Treier. "Bei den kleineren Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten ist dieser Anteil mit gut einem Drittel fast so hoch wie im Jahr 2004, als Deutschland noch als 'kranker Mann Europas' galt. Deshalb sollten wir diese Zahlen sehr ernst nehmen. Es sind Anzeichen einer schleichenden Produktionsverlagerung."

Bei kleineren Unternehmen unter 500 Beschäftigten geben der Auswertung zufolge 33 Prozent nach 27 Prozent im Vorjahr Kostenersparnis als Investitionsgrund an, fast so viele wie 2004 (36 Prozent). Auch bei großen Unternehmen (mehr als 1.000 Beschäftigte) wird das Kostenmotiv bedeutender (30 Prozent nach zuvor 26 Prozent), liegt allerdings noch weit unter dem Rekordwert von 44 Prozent im Jahr 2004.

"Fast jedes dritte Unternehmen, das im Ausland investieren will, reagiert damit auf die sich verschlechternde Kostenstruktur in Deutschland. Das sollte ein Weckruf an die Politik sein, die Standortbedingungen in Deutschland zu verbessern", so Treier.

"Industrieunternehmen, die zur Kostenersparnis im Ausland investieren, haben nach unseren Erkenntnissen zugleich im Inland geringere Pläne für Investition und Beschäftigung als der Durchschnitt der Industrieunternehmen insgesamt. Damit unterscheiden sie sich etwa von den Unternehmen, deren Motive für die Auslandsinvestition Markterschließung oder Vertrieb sind. Diese investieren mehr im Inland und planen mit höherer Beschäftigung als der Durchschnitt."

Auslandsinvestitionen insgesamt rückläufig

Insgesamt gaben die Unternehmen an, dass zu Jahresbeginn 2023 nur noch 41 Prozent der Industriebetriebe im Ausland investieren wollen. Das ist der niedrigste Wert seit 2009 mit damals 40 Prozent. "Den Unternehmen setzen dabei insbesondere der russische Krieg in der Ukraine und die deutlich gestiegenen Energiepreise, aber auch die schwierigen Jahre der Corona-Pandemie sehr zu. Diese aktuellen Krisen haben die Investitionsbudgets insgesamt belastet und wirken sich stark auf die Auslandsinvestitionen aus", bewertet Volker Treier die Ergebnisse.

Auch beim Auslandsengagement tun sich vor allem kleinere Unternehmen derzeit schwer. Nur 33 Prozent der Betriebe bis 500 Beschäftigte planen Investitionen außerhalb Deutschlands. Das ist ein neuer Tiefstwert. Besonders stark rückläufig ist die Auslandsaktivität bei Ge- und Verbrauchsgüterherstellern, mit 33 Prozent (nach 38 Prozent im Vorjahr) wollen so wenige wie noch nie im Ausland investieren.

Bei der Ausweitung ihrer bestehenden Auslandsinvestitionen halten sich die Unternehmen ebenso zurück. Nur noch 31 Prozent nach 39 Prozent im Vorjahr möchten

ihre Auslandsinvestitionsbudgets erhöhen. Hingegen sieht fast jeder fünfte Betrieb (18 Prozent nach 11 Prozent im Vorjahr) Kürzungen vor. Insbesondere die vor allem im Inland hohen Energiepreise machen der deutschen Industrie zu schaffen. 43 Prozent der Unternehmen, die unter den Energiepreisen leiden, müssen ihre Auslandsinvestitionen beschneiden.

"Insgesamt lassen die Ergebnisse der Umfrage nichts Gutes erwarten. Im In- und Ausland wird bei den Investitionen gebremst agiert", so das Resümee von Volker Treier. "Hohe Energiekosten, lange Genehmigungsverfahren, Fachkräftemangel und eine häufig unzulängliche Infrastruktur belasten die Position der Unternehmen in Deutschland. Die Politik muss diese strukturellen Probleme angehen, sonst beginnt das industrielle Fundament in Deutschland zu bröckeln."

Neue Hürden im In- und Ausland

Zu den sich abschwächenden Auslandsinvestitionen kommen zunehmend internationale Handelshemmnisse, wie die kürzlich veröffentlichte DIHK-Umfrage "Going International" ergab. Mit 56 Prozent sehen so viele Unternehmen wie noch nie Handelshemmnisse. Dabei handelt es sich unter anderem um zusätzliche Prüfungen als lokale Zertifizierungsanforderungen, verstärkte Sicherheitsanforderungen und Local-Content-Bestimmungen, etwa der Inflation Reduction Act in den USA.

Aber auch inländische Anforderungen an das grenzüberschreitende Wirtschaften, wie zum Beispiel das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, werden von den Unternehmen als solche neuen Kostenfaktoren wahrgenommen. Sie streuen zusätzlich Sand ins Getriebe des internationalen Geschäftes. Dadurch könnten nicht nur Kapitalbewegungen deutscher Unternehmen, sondern auch der Handel ins Stocken geraten.

Quelle: DIHK

Links

[Die komplette Auswertung steht hier zum Download zur Verfügung:](#)

BIOMAC: Open Call für nanobasierte Materialien

Ein von BIOMAC ("European Sustainable Biobased Nanomaterials Community") geschaffener Open Innovation Test Bed-Ansatz für nanobasierte Materialien geht an den Start.

Derzeit läuft ein offener Aufruf, um auf das Test-Bed zuzugreifen, um somit Bionanomaterial-Projekte von der Laborphase zu industriellen Prototypen zu führen.

Quelle: Biomac

Links

[Mehr Infos zum Open Call](#)

Ansprechpartner/in

[Dr.-Ing. Robert Schmidt](mailto:Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de) (Tel: +49 911 1335 1299, Robert.Schmidt@nuernberg.ihk.de)

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](mailto:elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

Launch des 3. Small scale calls im EU-Innovationsfonds

Der Innovationsfonds ist eines der weltweit größten Finanzierungsprogramme für die Demonstration und Vermarktung innovativer CO₂-armer Technologien.

Die dritte Aufforderung zur Einreichung von Kleinprojekten wurde am 30. März 2023 mit einem Budget von 100 Mio. EUR eingeleitet und läuft bis zum 19. September 2023.

Quelle: Europäische Commission

Links

[3rd call for small-scale projects](#)

Wachstumskapital aus dem neuen DeepTech & Climate Fonds

Der gemeinsam vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und dem Finanzministerium entwickelte DeepTech & Climate Fonds (DTCF) wird über die nächsten Jahre mit bis zu einer Milliarde aus dem Zukunftsfonds der Bundesregierung und dem ERP-Sondervermögen ausgestattet werden.

Durch die Bereitstellung von Wachstumskapital für Schlüsseltechnologien soll, laut dem gemeinsamen Pressebericht der beiden Ministerien, der Technologie-Standort Deutschland sowie die Wagniskapitalfinanzierung für diesen wichtigen Sektor weiter ausgebaut werden. Damit lässt die Bundesregierung nun den Worten im ersten Handlungsfeld ihrer Start-up-Strategie - „Finanzierung für Start-ups stärken“ – Taten folgen.

Industrie 4.0 bis künstliche Intelligenz und „Digital Health“ bis „New Materials“

Als Co-Investor von anderen Institutionellen Investoren soll der DTCF vor allem in Unternehmen mit validierten Geschäftsmodellen, welche sich in der oft kapitalintensiven Wachstumsphase befinden, finanziell unterstützen. Für jedes Investment müssen mindestens 30 % der Finanzierungsrunde von privaten Investoren getragen werden. Die Mindesthöhe pro Investment beträgt eine Million Euro und pro Unternehmen können maximal 30 Millionen Euro aus dem DTCF investiert werden. Technologiefelder die für den Fonds im Fokus stehen sind laut Bundesregierung Industrie 4.0, Robotik, Künstliche Intelligenz, Quantencomputing sowie Prozessautomatisierung. Anwendungsfelder dieser Technologien seien beispielsweise in „Digital Health“, „New Energy“, „Smart City“, „New Materials“ und „Biotech“. Das erste Investment steht im Q1 2023 kurz vor dem Abschluss.

Geleitet wird der DTCF von Dr. Elisabeth Schrey und Tobias Faupel. Neben ihrer Promotion im Bereich Innovationsmanagement an der RWTH Aachen bringt die Geschäftsführerin Erfahrung bei der Venture Capital Firma btov Partners sowie dem auf

Industrietechnologie spezialisierten Investment Fonds Matterwave Ventures mit. Herr Faupel war nach Erfahrungen im Finanztransaktionsbereich mehrere Jahre als Geschäftsführer in mittelständischen Unternehmen tätig, bevor er zuletzt als Investor beim High-Tech Gründerfonds (HTGF) tätig war. Der HTGF ist ein 2005 gegründeter Public-Private Partnership Venture Capital Fonds zu dessen Investoren neben dem BMWK und der KfW verschiedenste Unternehmen aus der deutschen Wirtschaft zählen.

Weitere Informationen finden Sie im [Pressebericht](#) des BMWK und Finanzministeriums, auf der Webseite des [DTCF](#) und der [Start-up-Strategie](#) der Bundesregierung.

Quelle: DIHK

Ansprechpartner/in

[Dr. rer. nat. Ronald Künneth](#) (Tel: +49 911 1335 1297, ronald.kuenneth@nuernberg.ihk.de)

[Dr. rer. nat. Elfriede Eberl](#) (Tel: +49 911 1335 1431, elfriede.eberl@nuernberg.ihk.de)

Impressum



Verantwortlich (V. i . S. d. P.) :

Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken

Hauptmarkt 25-27

90403 Nürnberg

www.ihk-nuernberg.de

Dr. Robert Schmidt

Leiter Geschäftsbereich Innovation | Umwelt

Telefon: 0911 1335-1299

Telefax: 0911 1335-41299

E-Mail: giu@nuernberg.ihk.de

Redaktionsteam Innovation | Umwelt:

IHK Nürnberg für Mittelfranken: Dr. Elfriede Eberl, Tina Götz, Dr. Robert Schmidt

Beiträge unter den Rubriken "Aktuelles aus Deutschland" und "Aktuelles aus der EU | Internationales" sind dem DIHK-Newsletter "Innovationsnachrichten" entnommen.

Redaktion: Dr. Sebastian Bolay.

Die Inhalte unseres Newsletter wurden mit größter Sorgfalt erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Sollten uns Rechtsverletzungen bezüglich der Inhalte bekannt werden, werden wir diese Inhalte unverzüglich entfernen. Das ausführliche Impressum können Sie [hier](#) einsehen.

Rückfragen und Anregungen senden Sie bitte an giu@nuernberg.ihk.de.